

38. Wie kommt der Staat an sein Geld oder: Warum verleiht der Staat über Banken dem Staat Geld?

Schulden, Schulden, Schulden

Die ganze Welt ist verschuldet. Laut Bund der Steuerzahler (BdSt) sind „die Schulden von heute (...) die Steuern von morgen“.⁷⁵³ Mit dieser Aussage unterstützt der BdSt die Politiker bei jeder Steuer- und Abgabenerhöhung, denn ansonsten müssten „zukünftige Generationen noch mehr Schulden zurückzahlen“.

Wenn gesamte Staaten verschuldet sein sollen, stellt sich doch die legitime Frage: Bei wem eigentlich?

Der Staat sind doch wir alle. Bei wem stehen wir in der Kreide und wer profitiert von unseren Schulden?

Wem schulden wir alle gemeinsam in Deutschland über zwei Billionen Euro?

Anderen westlichen Staaten wohl nicht, denn die sind genauso verschuldet. Den Chinesen? So viel Geld können die auch nicht haben, dass die gesamte hoch verschuldete Welt bei Ihnen in der Kreide steht. Also warum und bei wem muss sich der Staat Geld leihen und wie kommt der Staat laufend an frisches Geld?

Der Staat erhält sein Geld aus zwei Quellen:

1. Durch die von uns Bürgern tagtäglich entrichteten Steuern und Abgaben
2. Durch den Verkauf von Staatsanleihen

Die Ende 2000 gegründete Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH bietet Bundesanleihen, Bundesobligationen und weitere Produkte mit selbigem Vornamen – allesamt Staatsanleihen – über den älteren Bruder, die Bundesbank, auf den öffentlichen Finanzmärkten an.⁷⁵⁴ Die größten Käufer dieser Staatsanleihen sind Banken und Versicherungsgesellschaften.

Somit „verleiht“ eine staatliche Institution (Bundesbank als Miteigentümerin der Europäischen Zentralbank) mit der Stellung einer obersten Bundesbehörde einem privaten Unternehmen (Bank) zu einem niedrigen Zinssatz Geld, damit diese das Geld zu einem wesentlich höheren Zinssatz zurück an den Staat, Unternehmen und seine Bürger verleiht. Nicht nur das, in Zeiten finanzieller Unsicherheit haben Banken keinerlei Interesse, das Geld an irgendjemand anderen als den Staat zu verleihen. Denn hierfür bürgen schließlich alle Bürger mit ihrem Hab und Gut.

***„Wenn Banken zinsfrei Geld beim Staat ausleihen,
um es in Staatsanleihen zu investieren und Zinsen zu kassieren,
während die Unternehmen keine Kredite bekommen,
dann ist das ein völlig perverses System.“***

Philip Blond, Tory-Vordenker und

Chef der Londoner Denkfabrik „ResPublica“⁷⁵⁵

Warum erschafft der Staat sein Geld nicht selbst?

Zumeist kommt ein und dieselbe Antwort: weil der Staat dann Geld ohne Ende druckt und es folglich Inflation gibt. Dummerweise haben wir aber auch jetzt Inflation. Der US-Dollar hat bekanntlich seit Gründung der Notenbank FED 1913 ungefähr 96 Prozent seiner Kaufkraft verloren und der Euro seit seiner Gründung 1999 knapp 22 Prozent.⁷⁵⁶

39. Wer erhält die Zinsen, die unser Staat und somit wir alle bezahlen?

*„Das Geld ist für den Tausch entstanden,
der Zins aber weist ihm die Bestimmung an,
sich durch sich selbst zu vermehren.
Daher widerstreitet auch diese Erwerbsweise un-
ter allen am weitesten dem Naturrecht.“*

Aristoteles, Philosoph⁷⁵⁷

„**Zins** ist das Entgelt für ein über einen bestimmten Zeitraum zur Nutzung überlassenes Sachgut oder Finanzinstrument (Geld), das der Empfangende (Schuldner) dem Überlasser (Gläubiger) zahlt.“⁷⁵⁸

„Als **Zinseszins** wird die Berechnung von Zinsen auf Kapital und bereits kapitalisierte (dem Kapital zugeschriebene) Zinsen vergangener Berechnungsperioden verstanden. Erforderlich ist somit, dass dem Kapital bereits fällige Zinsen zugeschlagen (kapitalisiert) wurden, sodass die neue Berechnungsgrundlage von Kapital und kapitalisierten Zinsen ausgeht. Durch Zinseszinsen steigen Vermögen und Schulden exponentiell, da der Zuwachs pro Zinsperiode immer größer wird.“⁷⁵⁹

Wer erhält die Zinsen, die unser Staat und somit wir alle bezahlen?

Diese Frage ist recht leicht zu beantworten: alle Besitzer von Staatsanleihen.

Die nächste Frage ist schon etwas schwieriger zu beantworten.

Wer sind denn die Besitzer von Staatsanleihen?

Dies sind:

- a) Menschen, die sich Staatsanleihen ins Portfolio gelegt haben,
- b) Versicherungen und

...und die Reichen immer reicher werden

c) Banken, die unser erspartes Geld dem Staat – also eigentlich uns selbst, da wir der Staat sind, „leihen“.

Bei Punkt c) wird es spannend. Wie wir wissen, können Banken Geld aus dem „Nichts“ erschaffen und sich aktuell für weit unter einem Prozent bei den Notenbanken „leihen“, um es dann für einen wesentlich höheren Zinssatz dem Staat weiter zu „verleihen“ – also dem Staat einen Kredit zu geben.

1611,3 Milliarden Euro Zinsen in 40 Jahren

Nach Schätzungen des Bundes der Steuerzahler gaben Bund, Länder und Gemeinden in den 70er Jahren für Zinszahlungen 102,87 Milliarden Euro aus; in den 80er Jahren waren es bereits 263,65 Milliarden Euro; in den Neunziger Jahren haben sich die Zinszahlungen bereits auf 595,09 Milliarden Euro verdoppelt. Das letzte Jahrzehnt bescherte uns trotz historisch niedriger Zinsen Zinszahlungen in Höhe von 649,69 Milliarden Euro. In den letzten 40 Jahren hat der deutsche Steuerzahler sage und schreibe 1611,3 Milliarden Euro Zinsen bezahlt.⁷⁶⁰ Allein 2011 gibt Deutschland ungefähr 62 Milliarden Euro nur für Zinszahlungen aus. Dies entspricht dem Umsatz der Deutschen Telekom im Jahr 2010.⁷⁶¹

Wer erhält denn die gigantischen 62 Milliarden Euro – Tendenz stark steigend –, die wir alle gemeinsam pro Jahr ausschließlich an Zinsen bezahlen?

Ganz einfach: alle Besitzer von Staatsanleihen.

Wem schulden wir über zwei Billionen Euro?

Leider kann uns das anscheinend niemand sagen. Ich habe beim Bundesfinanzministerium angerufen, aber diese Behörde hat mich an die Bundesbank verwiesen. Die Pressestelle der Bundesbank hat mir telefonisch mitgeteilt, dass Privatpersonen, Banken und Fonds die Besitzer von Staatsanleihen sind. Wer genau das ist, können sie nicht sagen, da dies unter das Bankgeheimnis fällt. Die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH veröffentlicht lediglich die Bietergruppen der Bundesemissionen. Wer sich hinter diesen Bietergruppen verbirgt, wird nicht veröffentlicht.

Etwas Licht in diese Angelegenheit bringt die ARD-Sendung Quarks & Co vom 28.10.2010: Laut dieser Sendung besteht ein reger Handel mit Staatsanleihen. 2009 wurde statistisch jede Staatsanleihe viermal weiterverkauft, daher ändern sich die Schuldner kontinuierlich.

Momentaufnahme Frühjahr 2011

Im Frühjahr 2011 wurden beispielsweise knapp elf Prozent der Anleihen in Deutschland gehalten. Von diesen elf Prozent gehörten 50 Prozent Investmentfonds, 25 Prozent Banken, 20 Prozent Privatpersonen und zehn Prozent Versicherungen und Pensionskassen. Nicht zu verkennen ist, dass hinter den Banken, Versicherungen und Investmentfonds Privatmenschen stehen.⁷⁶²

Wir alle sind also verpflichtet, über 60 Milliarden Zinsen pro Jahr zu bezahlen, aber deren Empfänger werden uns nicht verraten. Sicherlich ist aber der eine oder andere (Bundes-)Bürger darunter, welcher in einem der zahlreichen Steuerparadiese sitzt und sich über die Steuergelder aus „good old Germany“ erfreut.



Bundesrepublik Deutschland
Finanzagentur GmbH

PRESSEMITTEILUNG

Seite 1 von 1

Hinweisgeber: Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH
Stichwort: Pressetext an den Lesenden

Anschrift: Abteilung: Unternehmenskommunikation
Telefon: 069 24 819 11 00
Fax: 069 24 819 14 25
E-Mail: presse@bundesrepublik-finanzenagentur.de

Nr. 36/10 Frankfurt am Main, 15. Dezember 2010

Bieterguppe Bundesemissionen

Im Jahr 2010 sind in 73 Aktionen Bundeswertpapiere (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen, Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und inflationsindexierte Bundeswertpapiere) über die Bieterguppe Bundesemissionen platziert worden.

Die nachfolgende Liste zeigt die Mitglieder der Bieterguppe für das Jahr 2011 in der Reihenfolge der von ihnen im Jahre 2010 übernommenen – und nach Kapitalbindungsdauer und Zinsänderungsrisiko gewichteten – Zuteilungsbeträge. Zum Jahresbeginn 2011 bleibt die Zusammensetzung der Bieterguppe Bundesemissionen unverändert.

Mitglieder der Bieterguppe

DELFTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT
The Royal Bank of Scotland plc Niederlassung Frankfurt
Citigroup Global Markets Limited
LBS Deutschland AG
Goldman Sachs International
HSBC Trinkaus & Burkhart AG
Société Générale S.A.
Barclays Bank PLC
Morgan Stanley & Co. International plc
J.P. Morgan Securities Ltd
COMMERZBANK Aktiengesellschaft
Bank of America Merrill Lynch
DC BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
WestLB AG
CREDIT Agricole Corporate and Investment Bank
Bayerische Landesbank
BNP Paribas S.A.
Société Générale Europe plc
Natio
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
Banco Santander S.A.
ING Bank N.V.
Credit Suisse Securities (Europe) Limited
Monera Bank (Deutschland) GmbH
UniCredit Bank AG
Jaffrenet International Limited
Landesbank Baden-Württemberg
Deutsche Bank Deutsche Girozentrale
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
BHF-Bank Aktiengesellschaft
Banco Bilbao Vizcaya Argentaria S.A. *)
Bankhaus Lampe KG *)
Royal Bank of Canada (Europe) Limited *)

*) Ohne Rangvorzugung. Ungefähre Aufnahme in die Bieterguppe Bundesemissionen.

Geschäftsführer: Dr. Carl-Wilhelm Drees, Dr. Carsten Lohm, Steffen von Gersdorff und Regine Gerlach (Frankfurt am Main, 48633141)
 Anträge für den Verkauf von Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen und inflationsindexierten Bundeswertpapieren
 Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main, 15.12.2010, BLZ 521 00 00 00
 Quelle: die Mitglieder der Bieterguppe Bundesemissionen der Bundesbank.

Bei publizistischer Verwertung wird die Angabe der Quelle erbeten.

Abbildung 24: Quelle: Bundesbank⁷⁶³

40. Warum findet eine Umverteilung von den Fleißigen zu den Reichen statt?

„Die Staaten haben die Schulden nicht im Griff, und gleichzeitig wird die Finanzoligarchie begünstigt. Wir schützen die Reichen, die den Staat gekapert haben.“

Prof. Dr. Max Otte, Ökonom⁷⁶⁴

Extremer Reichtum in den Händen weniger

Heute gibt es weltweit zehn Prozent mehr Superreiche als vor der Krise.⁷⁶⁵ Das Vermögen der Deutschen hat sich in den letzten 20 Jahren von 3,68 auf 7,37 Billionen Euro fast verdoppelt.⁷⁶⁶ Laut einer Studie der Unternehmensberatung Boston Consulting gibt es in Deutschland 839 Haushalte mit einem Vermögen von mehr als 100 Millionen US-Dollar (ungefähr 70 Millionen Euro). Somit leben in Deutschland mehr Superreiche als im Ölstaat Saudi-Arabien. In den USA schwimmen sogar 2692 Haushalte im Geld – dort leben jedoch mit über 310 Millionen Einwohnern fast viermal so viele Menschen wie in Deutschland.

USA: immer mehr Arme und einige Super-Reiche – die Mittelschicht verschwindet

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander: Amerika wuchs zuletzt fast nur noch für seine reichen Bürger, die mittleren und unteren Schichten büßten im Schnitt sogar Kaufkraft und Jobs ein.⁷⁶⁷ 2010 galten 46,2 Millionen Menschen in den USA als arm, das sind 15,1 Prozent der Bevölkerung. In den USA gilt offiziell als arm: eine vierköpfige Familie, die weniger als 22 314 Dollar pro Jahr zur Verfügung hat, beziehungsweise Einpersonenhaushalte, die pro Jahr 11 139 Dollar zur Verfügung haben. Bei der Mittelschicht sieht es keinesfalls besser aus. Deren Haushaltseinkommen sank seit Beginn der Krise im Jahr 2007 um 6,4 Prozent auf 49 445 Dollar. Laut der „Zeit“ hat sich verglichen mit der Inflation das Einkommen der US-Haushalte in den vergangenen 30 Jahren kaum bewegt. Eine Durchschnittsfamilie verdient heute preisbereinigt lediglich elf Prozent

...und die Reichen immer reicher werden

mehr als 1980 – die Verbraucherpreise sind jedoch um rund 155 Prozent gestiegen.⁷⁶⁸

Zwei Drittel der Einkommenszuwächse zwischen 2002 und 2007 landeten bei einem Prozent der Bevölkerung – den Superreichen.⁷⁶⁹ Das oberste Prozent der US-Bürger bezieht fast ein Viertel aller Einkommen – doppelt so viel wie vor 25 Jahren.⁷⁷⁰ Die obersten fünf Prozent unter den 350 Millionen Amerikanern kontrollieren über zwei Drittel des Gesamtvermögens, die „unteren“ 80 Prozent der Amerikaner sieben Prozent.⁷⁷¹

Während in den USA die einfache Bevölkerung seit der Finanzkrise 2008 deutlich verarmte und zum Teil verelendete, geht es den Reichen so gut wie nie zuvor. Zusammen mit Kanada haben die USA ein Drittel der weltweiten Finanzvermögen. Nordamerikas kleine Oberschicht kontrolliert Besitztümer, die das Fünffache dessen sind, was die „Eliten“ Lateinamerikas, Afrikas und des Nahen Ostens zusammengerafft haben. In den USA leben 5,2 Millionen Dollarmillionäre und 2692 Superreiche.⁷⁷² Immer mehr Menschen leben in Trailer Parks und unglaubliche 45,86 Millionen US-Amerikaner beziehen staatliche Lebensmittelkarten.⁷⁷³ Aus diesen Gründen nimmt die „Occupy Wall Street“-Bewegung („Wir sind die 99 Prozent“) immer größere Ausmaße an – auch in Deutschland. Die Menschen wachen auf und wollen ein Ende der Ungerechtigkeit und der Umverteilung von unten nach oben.

45,86 Millionen
US-Amerikaner
beziehen staatliche
Lebensmittelkarten

China: das Land der Tagelöhner und Superreichen

Im Schnitt besitzt jeder der 1000 reichsten Chinesen 924 Millionen US-Dollar. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der bekannten Dollar-Milliardäre von 189 auf 271 gestiegen. Da die Superreichen vielfach ihre Vermögen verstecken, um nicht aufzufallen, dürfte ihre Zahl laut Focus in Wirklichkeit fast doppelt so groß sein.⁷⁷⁴ Unvorstellbar bei einem Durchschnittslohn von knapp 200 Euro in China.⁷⁷⁵

Ein Großteil der Bevölkerung ist jedoch weit entfernt von 200 Euro pro Monat. Chinas Mindestlohn ist laut „World Wage Research“ (WWR) niedriger als der in 32 afrikanischen Ländern – er ist fast der niedrigste in der Welt. Laut dem unabhängigen chinesischen Wissenschaftler und Autor des WWR Liu Zhirong liegt das niedrigste Jahres-

einkommen in 183 Ländern und Regionen bei etwa 6078 US-Dollar, während es in China nur 896 US-Dollar beträgt.⁷⁷⁶

Ungleiche Verteilung in Deutschland

Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind die privaten Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt. Rechnet man Ansprüche an Rentenkasse und Beamtenpensionen mit dem individuellen Geld- und Sachvermögen zusammen, verfügen die Deutschen statistisch im Schnitt über ein Gesamtvermögen von 155 000 Euro pro Person. Statistisch, wohl gemerkt!⁷⁷⁷

Zehn Prozent der Deutschen besitzen mehr als 67 Prozent des Gesamtvermögens.⁷⁷⁸ Das oberste Prozent verfügt über knapp ein Viertel des Gesamtvermögens.⁷⁷⁹ Seit 2010 ist die Anzahl der Einzelpersonen oder Familien in Deutschland mit einem Vermögen von mindestens einer Milliarde Euro von 91 auf 108 gestiegen.⁷⁸⁰

Tatsächlich besitzt jeder zweite Deutsche weniger als 15 000 Euro, 25 Prozent der Bevölkerung haben gar kein Vermögen beziehungsweise sind überschuldet.

80 Prozent der Deutschen mussten in den vergangenen Jahren bereits reale Einkommensverluste hinnehmen – Tendenz steigend!⁷⁸¹ Mittlerweile ist knapp jeder fünfte Vollzeit Arbeitnehmer in Deutschland im Niedriglohnssektor beschäftigt – Tendenz steigend. Laut der Bundesagentur für Arbeit verdienten Ende 2010 ungefähr 4,6 Millionen der rund 21 Millionen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Deutschland weniger als 21 600 Euro brutto pro Jahr. Somit liegt der Anteil der Geringverdiener an der Gesamtheit aller Vollzeitbeschäftigten bei 22,7 Prozent.⁷⁸²

Anders sieht es bei den Spitzenverdienern aus. In den ersten 20 Jahren seit der Gründung des Deutschen Aktienindex (1978–1998) sind die Vorstandsgehälter der größten börsennotierten Unternehmen um rund 650 Prozent gestiegen. Beispielsweise verdiente ein Vorstand im Jahr 1987 im Durchschnitt insgesamt 445 800 Euro. Zehn Jahre später waren es 3,33 Millionen Euro.⁷⁸³ Ein weiteres Jahrzehnt später, wir schreiben mittlerweile das Jahr 2009, wurden die Bezüge wieder erheblich erhöht. Bei Allianz, K+S, Linde, Post oder RWE beispielsweise sind die Bezüge innerhalb von zehn Jahren explodiert – sie stiegen um

bis zu 483 Prozent.⁷⁸⁴ Die Aufsichtsräte der DAX-Unternehmen mussten sich in den Jahren 2000–2010 mit Gehaltssteigerungen von durchschnittlich 52 Prozent „zufriedengeben“.⁷⁸⁵ 2011 werden die Vergütungen laut der Beratungsgesellschaft Towers Watson voraussichtlich um neun Prozent auf durchschnittlich 297 800 Euro erhöht.⁷⁸⁶

Die ungefähr 500 000 leitenden Angestellten in Deutschland können für die Jahre 2000–2010 lediglich eine Gehaltssteigerung von 20 Prozent verzeichnen. Der Präsident des Führungskräfteverbands ULA bringt es auf den Punkt: „Das klassische mittlere Management ist seit der Jahrtausendwende von der Gehaltsentwicklung in den Top-Etagen abgekoppelt.“⁷⁸⁷ Wenn dies der Fall ist, wie ist dann die Gehaltsentwicklung der normalen Angestellten gegenüber den Top-Etagen zu deuten?

2009 betrug das Durchschnittsbruttogehalt in Deutschland 40 642 Euro.⁷⁸⁸

Angelegte Geldvermögen sind nichts anderes als Forderungen gegen einen Schuldner. Die Verschuldung nimmt exakt um den gleichen Betrag zu, wie die Geldvermögen durch den Zins wachsen. Das Geld, das wir besitzen, ist nichts anderes als Schuldgeld. Alles sich im Umlauf befindliche Geld schuldet irgendwer irgendwem und muss dafür Zinsen zahlen!

Steuergeschenke für die Reichen und Steuererhöhungen für die breite Masse⁷⁸⁹

Unabhängig, welche Partei in den letzten 20 Jahren das Zepter in Deutschland in der Hand hatte, die kleine reiche Oberschicht hat immer profitiert. 1996 schaffte die Regierung Kohl die Vermögenssteuer ab. Dies kostet den Staat laut der ZDF-Sendung „Frontal21“ ungefähr 4,8 Milliarden pro Jahr. Die Regierung Schröder senkte den Unternehmens- und Spitzensteuersatz – Kostenpunkt 30 Milliarden – pro Jahr. In den letzten 20 Jahren ist der Steuersatz für sehr Reiche (Jahreseinkommen über 1,5 Millionen Euro) von 42,1 auf 33,7 Prozent gesunken. Der Steuersatz von Superreichen (Jahreseinkommen über 174 Millionen Euro) ist von 43,6 Prozent auf sage und schreibe 23,7 Prozent gesunken.

Achim Truger hat in einer Studie die Steuerverluste des deutschen Staats bedingt durch die Steuerreformen 2000 zusammengestellt. Das Ergebnis: 50 Milliarden Steuerausfälle für den Staat. Überproportional haben davon Wohlhabende und Unternehmen profitiert. Ohne diese Steuersenkungen hätte der deutsche Staat in diesem Jahr 50 Milliarden mehr und würde somit kein Defizit aufweisen. Besonders die rot-grüne Einkommensteuerreform mit deutlicher Senkung der Spitzensteuersätze hat demnach durchgeschlagen.⁷⁹⁰

Würde man in Deutschland Vermögen über eine Millionen Euro mit einem Prozent belasten, hätte der Staat neun Milliarden Euro zusätzlich. Betroffen wären hiervon nur 0,6 Prozent der Bevölkerung.

Am krassesten ist jedoch die Besteuerung von Kapitalerträgen im Vergleich zur Einkommenssteuer. Jeder Angestellte und Selbstständige wird gnadenlos besteuert. Reiche, die ausschließlich von ihren Kapitalerträgen leben, werden mit 25 Prozent + 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag besteuert.⁷⁹¹

Mittlerweile ist es einigen Reichen bereits peinlich, dass sie so wenig Steuern bezahlen, und sie protestieren global gegen die eigene Bevorzugung. In Deutschland gründeten Millionäre bereits eine Initiative für eine Vermögensabgabe, da sie selbst die Meinung vertreten, dass der Staat die Reichen jahrelang verschont habe. In Frankreich erschien ein Aufruf mit dem Titel „Taxez-nous“ (besteuert uns!), unterzeichnet von den 16 reichsten Unternehmern Frankreichs. Auch Warren Buffet, der drittreichste US-Amerikaner, protestiert gegen seinen Steuersatz – er bezahlt prozentual weniger Steuern als seine Angestellten. Er fordert: Wer mehr als eine Million Dollar pro Jahr verdient – dies sind 0,3 Prozent der US-Bevölkerung –, soll einen angemessenen Beitrag leisten.

Auch die italienische, von Berlusconi gesteuerte Regierung verzichtete in ihrem milliardenschweren Sparpaket auf eine Sondersteuer für Besserverdiener. Geplant war ursprünglich eine Solidaritätssteuer für Besserverdiener ab einem Jahreseinkommen über 90 000 Euro – dafür soll jetzt bei den Renten stärker gespart werden.⁷⁹²

Wie viel verdienen wir an den Staatsschulden – oder wer verdient eigentlich daran?

Die ARD-Sendung „Quarks & Co“ hat sich dieser Frage angenommen und zeigt mit einem plakativen Beispiel, wer eigentlich von dem Staatsschuldenwahnsinn nicht profitiert, nämlich ein Großteil der Bevölkerung. Doch warum ist das so?

Ein fiktives Beispiel:

Eine fiktive Familie mit zwei Kindern hat sich im Verlaufe der Zeit ein Vermögen in Höhe von 50 000 Euro angespart.

Diese 50 000 Euro hat die Familie angelegt, u. a. in Investmentfonds, eine Lebensversicherung und eine Rentenversicherung. Die Fonds und Versicherungen haben das Geld ebenfalls investiert, beispielsweise in Staatsanleihen. Statistisch steckt ein Viertel (11 400 Euro) des Vermögens in Staatsanleihen. Diese Staatsanleihen werfen Zinsen ab – exakt 340 Euro. Somit verdient die Familie indirekt an den Staatsanleihen und somit an den Staatsschulden 340 Euro pro Jahr.

Die Familie zahlt für Schulden des Staates jedoch Steuern und Abgaben.

Sie bezahlt jährlich: 7000 Euro Lohnsteuer, 4500 Euro Mehrwertsteuer und 4500 Euro indirekte Steuern, z. B. Mineralölsteuer, Kaffeesteuer usw., insgesamt sind das 16 000 Euro.

Ein Achtel der Steuern gibt der Staat für Zinszahlungen aus, die er für seine Schulden leisten muss.

Von den bezahlten Steuern der Familie gehen sage und schreibe 1900 Euro nur für die Zinszahlungen des Staates drauf.

Die Schulden des Staates kosten die Familie also 1560 Euro pro Jahr.⁷⁹³

Jedoch bezahlt Familie nicht nur Zinsen für den Staat, sondern für alle Güter, die sie erwirbt, mietet und least. Denn nicht nur der Staat ist verschuldet, sondern auch die meisten Unternehmen. Logischerweise legen diese ihre Kapitalkosten auf den Endverbraucher um.

Dies belegt Prof. Dr. Jürgen Kremer in seiner dynamischen Analyse: „Gruppen mit vergleichsweise geringen Vermögen verfügen über geringfügige oder keine Zinseinnahmen, zahlen aber über ihren Konsum so viel Zinsen, dass sie Nettozahler sind. Bei Gruppen vergleichsweise vermögender Haushalte überwiegen dagegen die Zinseinnahmen über die Zinszahlungen. Diese Gruppe besteht aus Netto-Zinsempfängern. Es ist ein auf den ersten Blick nicht sichtbarer Umverteilungsmechanismus, dessen negative Auswirkungen bei hohen Wachstumsraten der Wirtschaft kaum erkennbar sind. Zerstörerisch wird dieser Mechanismus aber dann, wenn das Wachstum nachlässt.“⁷⁹⁴

Aus diesem Grund erfolgt durch den Zinseszins-Mechanismus und die daraus resultierende exponentielle Zunahme der Verschuldung eine kontinuierliche Einkommens- und Vermögensumverteilung von „unten nach oben“ – von den Fleißigen zu den Reichen. Dieser Mechanismus lässt kontinuierlich immer mehr Menschen verarmen. Die exponentiell steigende Staatsverschuldung sowie die Verschuldung von Unternehmen und Privatpersonen treiben diese Umverteilung immer weiter voran. Parallel werden durch die Inflation die Ersparnisse kontinuierlich immer weniger wert, da die Preise der Waren und Dienstleistungen steigen. 1,5 bis zwei Prozent Inflation pro Jahr werden von der Politik als „Preisstabilität“ bezeichnet. Zwei Prozent Inflation pro Jahr halbieren die Geldvermögen innerhalb von 35 Jahren.

Prof. Dr. Jürgen Kremer kommt in seiner dynamischen Analyse zu folgendem Ergebnis: „Wächst das Bruttoinlandsprodukt (Gesamtwert aller Güter, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden) weniger stark als die Zinsanteile, so verringern sich die Einkommen in der Ökonomie. In diesem Fall fließt ein größerer Teil des Bruttoinlandsprodukt über Zinszahlungen an Geldkapitaleigner, während sich der Lohnanteil verringert.“⁷⁹⁵

Der Staat ist gezwungen, aufgrund der immer größeren Zinslast immer mehr Staatsbesitz zu privatisieren, was nichts anderes bedeutet, als Staatsbesitz zu verkaufen. So landen nach und nach alle Besitztümer

des Staates in den Händen immer weniger Eigentümer. Beispiele hierfür sind: Deutsche Telekom, Deutsche Post, Deutsche Postbank, Krankenhäuser, Regionalverkehr usw. Gleichzeitig ist der Staat gezwungen, seine Leistungen kontinuierlich einzuschränken und Steuern und Abgaben laufend zu erhöhen.

„Die Haushalte mit geringerem Lohneinkommen können sich den Konsum bei wachsendem Zinsanteil im BIP zunehmend weniger leisten und verschulden sich schließlich. Dies kann als Verarmung oder als Beschäftigungslosigkeit charakterisiert werden.“⁷⁹⁶

Wohlstand für
die „breite Masse“?

Wirtschaftswachstum erzeugt erst dann Wohlstand für die „breite Masse“, wenn die Wachstumsrate höher ist als der Zinssatz. Genau mit dieser Situation sind wir in Deutschland konfrontiert. In England und den Vereinigten Staaten von Amerika ist diese Situation schon wesentlich weiter fortgeschritten.

*„Weder Privatisierung noch
Verstaatlichung hätten funktioniert.
Die freie Marktwirtschaft habe nämlich,
zu einer Konzentration des Reichtums' geführt,
verwies Blond auf die Tatsache,
dass in Großbritannien die untere Einkommenshälfte mit nur
einem Prozent des gesamten Vermögens auskommen muss.
,Wir haben eine neue Form der Sklaverei geschaffen,
und die Sklaven stellen die Mehrheit', kritisierte Blond.
,Kapitalismus führt zur Bildung von Kartellen.
Wir haben keinen freien Markt.'“*

Philip Blond, Tory-Vordenker und
Chef der Londoner Denkfabrik „ResPublica“⁷⁹⁷

Vorteile ziehen aus unserem Finanzsystem also nur diejenigen, deren Zinseinnahmen die Zinszahlungen übertreffen. Je mehr das Vermögen bei den Profiteuren des Systems wächst, desto größer werden logischerweise bei der Verlierermehrheit die Zinslasten.

Der kontinuierliche Vermögenszuwachs der wenigen Reichen und Superreichen ist ausschließlich möglich dadurch, dass laufend den unteren und mittleren Schichten direkt oder indirekt Vermögen entzogen wird.

Hermann Benjes, einer der bekanntesten Aktivisten der Freiwirtschaftsbewegung, kommt zu folgendem äußerst bedenklichen Schluss: „Eine Gesellschaft, die das möglich macht und auf Dauer zulässt, ist entweder hilflos oder kriminell.“⁴⁷⁹⁸

Handelt es sich bei der Staatsverschuldung um eine Lüge?

- Ja, weil der Staat – also wir alle – schließlich ja gar nicht verschuldet ist. Für die Schulden und die daraus resultierenden Zinsen aber muss tatsächlich nur ein Teil des Staates arbeiten, nämlich der Teil, dessen Zinsausgaben die Zinseinnahmen übersteigen, also der Großteil der Bevölkerung.
- Ja, weil das Geld, mit dem der Staat verschuldet ist, ohne Gegenleistung hergestellt wurde.
- Wäre der Staat verschuldet, wenn er das Geld selbst herstellt, anstatt dieses Privileg den privaten Banken zu überlassen?
- Ja, denn profitieren von der immer weiter steigenden Staatsverschuldung letztendlich nicht zumeist die Bezieher leistungsloser Einkommen auf Kosten der arbeitenden Menschen?
- Ja, denn wieso steigen Steuern und Abgaben kontinuierlich und warum werden Staatsausgaben, welche dem Gemeinwohl dienen, gekürzt – Zinszahlungen jedoch nicht?

Denken Sie bitte einmal darüber nach!